

Die christliche Kirche hat seinerzeit in Nizäa und Konstantinopel mit dem trinitarischen Bekenntnis die Wahrheit des Evangeliums verteidigt. Wie damals, so legt die Kirche auch heute die Heilige Schrift aus, wenn sie Gott als Vater, Sohn und Heiligen Geist anbetet und verkündigt und ihre Gottesdienste im Namen des dreieinigen Gottes feiert.

Die Christenheit bezeugt damit, daß diese Welt und die Menschheit in ihr nicht sich selber überlassen sind, sondern einen göttlichen Schöpfer, Versöhner und Erlöser haben. So wie Gott als Vater, Sohn und Geist in sich selbst kein einsames Wesen ist, so überläßt er auch uns nicht unserer sei es frommen, sei es gottlosen Selbstbezogenheit und Einsamkeit. Der dreieinige Gott ist ewige Liebe. Er macht seine Kirche zum Zeichen und Werkzeug neuer versöhnter Gemeinschaft. Das Bekenntnis zum dreieinigen Gott ist deshalb die stärkste Verpflichtung, nach der vollen Einheit der getrennten Kirchen zu suchen.

Wie vor 1600 Jahren das Nizänische Bekenntnis die zerstrittene Christenheit einigte, so sollte es auch für uns Anlaß sein, dafür zu beten und zu arbeiten, daß die noch vorhandenen Kirchentrennungen überwunden werden. Der dreieinige Gott will durch eine einigte Christenheit geehrt sein.

Pfingsten 1981

Kirche im Sozialismus — Weltfrieden — Vancouver 1983

Schwerpunkte auf der Zentralauschußsitzung
des Ökumenischen Rates der Kirchen in Dresden vom 16.—26. August 1981

Neben der Vorbereitung der Vollversammlung in Vancouver wurde zum beherrschenden Thema der diesjährigen Sitzung die Situation der Evangelischen Kirchen in der DDR oder, allgemeiner formuliert, das Verhältnis der Kirche zum sozialistischen Staat. Für den deutschen Teilnehmer wurde daraus unversehens auch eine Lektion teilweise vergessener Abschnitte deutscher Geschichte.

Als Philip Potter, der Generalsekretär des ÖRK, gleich am Anfang seines Berichtes darauf hinwies, daß Dresden im Februar 1945 von anglo-amerikanischen Bombenangriffen zerstört wurde und in dieser von Flüchtlingen überfüllten Stadt 35 000 Menschen in einer Nacht ihr Leben lassen mußten, wurde sofort die jüngste Geschichte wieder lebendig. Die amerikanischen, englischen und kanadischen Delegierten, von denen die meisten nichts von diesem tragischen Ereignis wußten, waren durch diese Mitteilung so betroffen, daß sie sich spontan zusammensetzten und eine Erklärung abgaben, die sie namentlich unterzeichneten. In dieser Erklärung heißt es: „Unser Besuch hier hat uns bewegt, uns persönlich mit den tragischen Luftangriffen auf Dresden am 13./14. Februar 1945 auseinanderzusetzen. In dem Feuer-

sturm dieser Nacht verloren Tausende von Zivilisten ihr Leben. Wir sind tief betroffen, daß die Staaten, deren loyale Bürger wir sind, in Fortsetzung des Krieges und als Vergeltungsmaßnahme die Bombardierung dieser Stadt beschlossen und damit Tod und schweres Leid über die Bevölkerung gebracht haben... Wir können nicht übersehen, daß diese Tagung sehr nahe — für uns gerade jenseits — der Grenzlinie stattfindet, die die Streitkräfte der zwei großen Nuklearmächte — repräsentiert durch die NATO und den Warschauer Pakt — voneinander trennt. In diesem Kontext ist der Feuersturm damals in Dresden eine Warnung vor dem Gericht, das die ganze Welt bedroht. Wir erkennen, daß unsere Länder gemeinsam mit allen anderen Atomstaaten die schwere Verantwortung tragen, einen solchen weltweiten Holocaust zu verhindern. Deshalb verpflichten wir uns zum Werk der Versöhnung, wo auch immer in unserer Welt Barrieren bestehen, und zum Widerstand gegen alle Mächte und Gewalten — beginnend in unseren eigenen Ländern —, die sich gegen Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit richten...“

Der Dresdner Bischof Hempel meldete sich nach der Verlesung dieses Textes zu Wort und wies darauf hin, daß die andere Seite dieser Katastrophe die Zerstörung Coventrys, der englischen Partnerstadt Dresdens, sei, denn der Krieg, der zur Zerstörung Dresdens führte, sei vom deutschen Boden ausgegangen. Dieser Erinnerung schlossen sich die Vertreter der EKD an, und Bischof Harms bat darum, neben der Erklärung der amerikanischen Delegierten auch diese Stellungnahme in das Protokoll aufzunehmen.

Der letzte Teil dieser Erklärung berührte bereits das dritte große Thema der Dresdner Sitzung, das auch in unserem Lande zu erbitterten Diskussionen führte, die Frage des Friedens in unserer Welt.

1. Die evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik und ihr Verhältnis zu Sozialismus und Ökumene

Die Kirchen der DDR stellten sich auf verschiedene Weise vor: durch inhaltsreiche Grußworte des Vorsitzenden des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, Bischof Dr. Albrecht Schönherr, und des gastgebenden Dresdner Bischofs Hempel, durch ein von jungen Gemeindegliedern gestaltetes Spiel, das die Geschichte und Situation der Kirchen in der DDR schlaglichtartig darstellte, und durch die Gemeindebesuche, an denen sich etwa 200 Teilnehmer der Zentrallausschußsitzung am Sonntag, dem 23. August, beteiligten.

Wohl niemals hat der Zentrallausschuß ein so vollständiges Bild der Kirchen des Landes erhalten, in dem er seine Tagung durchführte. Die Fahrt der ZA-Mitglieder mit einem Dampfer nach Bad Schandau wurde zum Symbol der starken Beteiligung der Kirchenglieder an dieser Sitzung, da überall am Ufer Menschen winkten und die Glocken der Kirchen, an denen das Schiff vorbeifuhr, läuteten. Während in Genf eine ZA-Sitzung fast gar nicht beachtet wird, wurde in Dresden diese ökumenische Versammlung zum Symbol der weltweiten Verbindungen einer Kirche, die mühsam und zäh ihre Aufgaben in einem sozialistischen Land, das seine Grenzen zum Westen scharf überwacht, wahrnimmt.

Wenn Bischof Schönherr in seiner Ansprache am 17. 8. sagte, daß die Kirchen in der DDR die Trennung von der EKD in der Hoffnung vollzogen hätten, „daß die geistliche Gemeinschaft in der ökumenischen Bewegung ihnen dabei helfen würde“

— auch in der Auseinandersetzung mit dem Marxismus-Leninismus —, dann hat er damit genau einen wichtigen Unterschied zwischen den Kirchen in der DDR und in der Bundesrepublik bezeichnet. Die Kirchen der DDR brauchen die Ökumene als Verbindungsglied zur christlichen Welt, die Kirchen der BRD glauben, darauf weniger Wert legen zu müssen, weil sie ja so viele andere Möglichkeiten haben, mit anderen Kirchen in Verbindung zu treten. Die Kirchen in der DDR, sagte Bischof Schönherr, „empfinden Genugtuung darüber, daß ihr Eintreten für Frieden und Abrüstung und gegen Diskriminierung von Armut und Hautfarbe gewürdigt wird, auch wenn dieses Eintreten nicht immer mit den Vorstellungen übereinstimmt, die aus sozialistischen Voraussetzungen kommen. In der ökumenischen Gemeinschaft werden sie darin bestärkt, ihren Weg in der sozialistischen Gesellschaft der Deutschen Demokratischen Republik weder in kritikloser Anpassung noch in grundsätzlicher Verweigerung zu suchen“. Dieser Balance-Akt wurde von manchen Vertretern anderer Kirchen in den Ländern des Ostblocks mit großem Interesse beobachtet, da es möglich war, beide Positionen kennenzulernen: die der Kirche, die Bischof Schönherr zeichnete, und die des Staates, die der Staatssekretär für Kirchenfragen in vorsichtiger Form vortrug, wobei er es nicht versäumte, auf Hiroshima und den Beschluß über den Bau einer Neutronenbombe hinzuweisen. Was er nicht erwähnte, war die Auseinandersetzung seiner Regierung mit den Kirchen über den vormilitärischen Unterricht in den Schulen und über die Benachteiligung der Kriegsdienstverweigerer, die als „Bausoldaten“ ihren Dienst tun.

Das Neue der Dresdner Tagung waren jedoch nicht so sehr diese Reden, sondern die Beteiligung der Basis. Das von jungen Gemeindemitgliedern aufgeführte Spiel führte eine normale DDR-Familie vor, die im Wechselgespräch zwischen Großvater, Mutter und Kindern die Geschichte des Verhältnisses von Kirche und Staat, von Christen und Obrigkeit im Kaiserreich, in der Nazizeit und in der Nachkriegszeit auf deutschem Boden darstellte. Viel Hintergründiges kam dort vor, fast nicht in andere Sprachen zu übersetzen und auch für den bundesrepublikanischen Zuschauer nicht immer ohne weiteres in allen Facetten zu begreifen. Doch fesselte es alle, und ein amerikanischer Delegierter dachte darüber nach, wie er wohl eine solche Selbstdarstellung seiner eigenen Kirche zustande bringen könnte.

Brachte dieses Spiel, in der der Theologieprofessor, die Katechetin, die Diakonisse, der Jugendleiter auftraten, die Basis schon näher, so gab der Besuch in den Gemeinden erst den richtigen Einblick in das Leben der Kirche. Der Berichterstatter besuchte eine Gemeinde in einer kleinen Textilstadt, die 150.000 Mark für die Renovierung ihres auffälligen Kirchturms gesammelt hatte und diesen mit 50 freiwilligen Helfern in deren freier Zeit in drei Monaten wiederherstellte. Eine ungeheure Leistung im Zeichen der dortigen Materialknappheit, auf die die Gemeinde mit Recht stolz war.

Die Gemeinde bestand — und das ist nicht untypisch — hauptsächlich aus jungen Leuten und Großeltern. Die mittlere Generation war fast nur durch den Pfarrer und seine sehr aktive Frau, die zugleich Kantordin war, repräsentiert. Musik, klassische und moderne, war das einigende Band und Interesse für die weite Welt. Die Diskussion mit einem afro-amerikanischen Stabsmitglied des ÖRK, der sich für den Antirassismus-Fonds einsetzte, war kritisch, offen und intensiv und hätte ebenso bei uns geführt werden können. Philip Potter und Martin Luther King waren auch bei den jungen Gemeindemitgliedern bekannte Gestalten und symbolisierten für sie eine

Kirche, die bereit ist, für die Rechte der Unterdrückten zu kämpfen. Andere Teilnehmer machten in anderen Gemeinden andere Erfahrungen, z. B. in dem Arbeiterviertel einer Großstadt, in dem die Kirche als fremder Zufluchtort des Bürgertums angesehen wurde, doch haben die Gespräche über die Gemeindebesuche bis zum Ende der Tagung die Verhandlungen begleitet. Wenn einerseits deutlich wurde, daß und warum die Kirchen in der DDR die Ökumene brauchen, so wurde manchen westdeutschen Besuchern, auch manchen der zahlreichen Journalisten, klar, daß die Ökumene diese Kirchen braucht, um die Möglichkeiten einer im Sozialismus lebenden und sich mit diesem auseinandersetzenen Minderheitskirche zu erkennen. Entgegen vielen Prognosen gelingt es ihr offensichtlich dadurch, daß sie Freiheitsräume öffnet, auch einen wichtigen Teil der Jugend zu gewinnen, die über die Grenzen dieses Landes hinausschauen und in den weltweiten Dialog eintreten will.

Daß die EKD dort, wo sie Freiheit ermöglicht, wie auf den evangelischen Kirchentagen, ebenfalls die Jugend ansprechen kann, sollte den Kirchenleitungen zu denken geben, die eher geneigt sind, die Kirchenmauern gegen die feindliche säkulare Welt abzuschließen, statt sich mit ihr ebenso mutig und klug auseinanderzusetzen, wie es die Kirchenleitungen der DDR versuchen. Natürlich gibt es auch in den Kirchen der DDR Verzögerung, Opportunismus, Trägheit und Festhalten an antiquierten Strukturen, doch hat die Dresdner Tagung gezeigt, daß es daneben Ansätze gibt, die uns dazu veranlassen sollten, „das geistliche Band“, das nach Ansicht Bischof Schönherr „fest und tragfähig“ zwischen den Kirchen der beiden deutschen Staaten geblieben ist, immer wieder zu verstärken.

2. Die Bedrohung des Friedens und die Aufgaben der Kirchen

Wenn es ein Thema gibt, das zur Zeit die Kirchen beider deutscher Staaten bewegt, so ist es das Thema der nuklearen Bedrohung des Friedens, die Angst vor einem dritten Weltkrieg, in dem die Territorien der beiden Staaten von den Großmächten als Schlachtfeld, als Teilgebiet ihrer militärischen Macht angesehen werden. Dieses Gefühl, schon in der Erklärung der anglo-amerikanischen Delegierten erkennbar, wurde in der vom Zentralauschuß verabschiedeten öffentlichen Erklärung „Zunehmende Bedrohung des Friedens und Aufgabe der Kirchen“ deutlich, die in ihrer Einleitung Gedanken der Rede Philip Potters und der Delegierten aufnahm. Wie zu erwarten, war der Text umstritten. Verschiedene Änderungen wurden eingebracht, so wurde z. B. die anfängliche Zuspitzung auf die Neutronenbombe relativiert, da sie ja nur ein Glied in einer langen Kette von Atomwaffen ist, die auch ohne diese neueste Entwicklung ausreichen, die Menschheit zu vernichten. Es wurde nicht nur der Ost-West-Konflikt, sondern auch der Nord-Süd-Konflikt angesprochen und dazu aufgerufen, „militaristische Politik entgegenzutreten“, „der Tendenz entgegenzuwirken, von Völkern in anderen Ländern und mit anderen Ideologien Feindbilder zu schaffen, indem Haß und Vorurteile geschürt werden“. Alles in allem also das, was man eine „ausgewogene Erklärung“ nennt, da nicht nur eine Seite beschuldigt wird. Manche Glieder der EKD wird es nicht erfreuen, daß „Friedenswochen“ und „Abrüstungswochen“ ausdrücklich empfohlen werden, doch waren solche Aktionen seit Beginn Teil der ökumenischen Bewegung.

Gespräche zwischen deutschen und amerikanischen Kirchenvertretern am Rande der Konferenz haben ergeben, daß es auf diesem Gebiet Gemeinsamkeiten gibt, die

zur Zeit des Vietnamkrieges schon früher erkennbar geworden sind und die veranlassen sollten, bilaterale Gespräche über Friedenserhaltung möglichst schnell aufzunehmen.

Die übrigen öffentlichen Erklärungen des Zentralaussschusses zum Weltflüchtlingsproblem, zur Lage in Namibia und zu den neuesten Rassenauseinandersetzungen in Südafrika sind ebenfalls als Bemühungen zu verstehen, dem Weltfrieden zu dienen, wenn auch der eine oder andere Satz in der Namibia-Erklärung wohl hätte anders formuliert werden können, da die veränderte Situation nicht einfach durch immer neue Wiederholungen festgelegter Standpunkte beeinflußt werden kann.

Um die Friedensfrage ging es auch in der Diskussion um das Verbleiben der Heilsarmee im ÖRK, das schon auf der letzten Sitzung des Zentralaussschusses eine Rolle gespielt hatte. Sie wurde jetzt dadurch beendet, daß die Führung der Heilsarmee sich mit dem Generalsekretariat einigte, in Zukunft nicht mehr Vollmitglied, sondern nur assoziiertes Mitglied des ÖRK zu sein. Die Unterstützung für das Anliegen der Heilsarmee war deshalb nicht besonders stark, weil afrikanische Vertreter, vor allem Mr. Bena-Silu (Vertreter der Kirche Jesu Christi des Propheten Simon Kimbangu, Zaire), die Haltung der Heilsarmee in Zimbabwe kritisierten, die sich gegen die Patriotische Front gewandt hatte, und weil die Vertreter der orthodoxen Kirchen schon immer der Meinung waren, daß dem ÖRK nur Kirchen als Vollmitglieder angehören könnten, die auch die Eucharistie feiern. Trotzdem ist es bedauerlich, daß es nicht möglich war, sich gründlicher mit den von der Heilsarmee vorgebrachten theologischen Argumenten auseinanderzusetzen.

3. Vorbereitung für Vancouver: Neue Akzente

Bereits auf der letzten Zentralaussschußsitzung 1980 in Genf wurde beschlossen, daß ein Besuchs- und Konsultationsprogramm zwischen den Kirchen die Vollversammlung in Vancouver vorbereiten soll. In gewisser Hinsicht war der Besuch in Dresden bereits ein Modell für zwischenkirchliche Beziehungen, die nicht auf höchster Ebene beschränkt bleiben sollen. In der Liste der einzelnen Themenbereiche (issues), die dem ZA vorgelegt wurde, tauchten zunächst nicht die Themen der „Herausforderung von Wissenschaft und Technik“ auf, die auf der Bostoner Konferenz des ÖRK diskutiert worden sind, und auch nicht die Frage der Menschenrechte. Beides ist nun u. a. auf Antrag von Delegierten der EKD in das Programm aufgenommen worden. Das bedeutet aber für unsere Kirchen, daß sie die verbleibende Zeit nutzen, um diese Fragen ernsthaft zu diskutieren. Der Bericht von Boston liegt schon lange in englischer Sprache vor, ist aber immer noch nicht ins Deutsche übersetzt worden. Es wäre gut, wenn an einer deutschen Universität von den Kirchen eine Konferenz veranstaltet werden könnte, in der Probleme, die in Boston verhandelt wurden, aufgenommen werden. Ohne eine solche Initiative bleiben wir auch hinter den DDR-Kirchen zurück, die bereits voll in die Diskussion eingetreten sind.

Ein wichtiges neues Thema, das in den Katalog hineingenommen ist, ist „Gesundheit, Heilen und Ganzheit“. Das hat seinen Grund einerseits darin, daß Philip Potter das Thema des Heils, der Heilung und des Heilens in seine Ansprache aufgenommen hat und daß der Bericht der rührigen Gesundheitskommission des ÖRK ausführlicher auf dieser Sitzung diskutiert wurde, als es sonst üblich war. Hier scheint der Beginn eines Umdenkens erkennbar zu werden, das von der allzu spezialisierten Medizin zurückkehrt zu einer gesamtheitlichen Betrachtung der Gesundheit, die in

unserem Lande z. B. von der Psychosomatik Victor von Weizsäckers ins Auge gefaßt wurde und nun viele neue Impulse durch die Medizin der außereuropäischen Welt (China, Afrika, Lateinamerika, Asien) erhält. Schon einmal hatte die Gesundheitskommission des ÖRK Pionierarbeit geleistet, als sie nämlich darauf hinwies, daß die präventive Medizin sehr viel wichtiger für die Dritte Welt, aber auch für uns, ist als die immer teurer werdende kurative Medizin. Nun könnte von der christlichen Medizin wieder ein neuer Impuls gegeben werden, der das allgemeine Unbehagen an unserer hochtechnisierten Medizin präzisiert und zu neuen Ansätzen verhilft.

Daß hier auch kulturelle und sprachliche Probleme zu lösen sind, zeigte der gescheiterte Versuch Philip Potters, die deutsche Grußformel „Heil!“ wieder zu rehabilitieren, die eben doch nicht als deutsche Übersetzung des römischen „Salve!“ angesehen werden kann.

Ein weiteres Thema, das in Vancouver behandelt werden soll, wurde im Zentralausschuß kontrovers diskutiert: „Die Gemeinschaft von Frauen und Männern in der Kirche“. Es hatte in Sheffield (England) vom 10.—19. Juli eine ÖRK-Konsultation zu dieser Frage stattgefunden, auf der u. a. beschlossen wurde, daß auf der 6. Vollversammlung 50 % aller Mitglieder, die in Untereinheiten und Ausschüsse des ÖRK gewählt werden, Frauen und daß drei der sechs ÖRK-Präsidenten ebenfalls Frauen sein sollten.

Das löste sofort den lebhaften Widerspruch der orthodoxen Kirchenvertreter aus, da diese Kirchen weder eine Frauenordination noch eine stärkere Beteiligung der Frauen an den Exekutiv-Gremien der Kirchen kennen. Zweifellos hätte man diese Proteste und den Einwand entkräften können, daß der ÖRK ohnehin nur Empfehlungen geben könne, doch hätte man dann das Eigengewicht solcher Empfehlungen unterschätzt. Jane Love, eine junge amerikanische Delegierte, rettete die explosive Situation durch den Vorschlag, keine Prozentsätze und Termine zu nennen und eine allmähliche Steigerung der Beteiligung der Frauen zu empfehlen. Hier gibt es einen, auch dogmatisch begründeten, Unterschied zwischen den orthodoxen und den protestantischen Kirchen, den nur die orthodoxen Kirchen selbst überbrücken können und der keinesfalls durch einen Mehrheitsbeschluß der protestantischen Kirchen beseitigt werden kann und darf.

Das Thema „Männer und Frauen in der Kirche“ wird zweifellos damit nicht von der Tagesordnung verschwinden, da jede Kirche hier mit Problemen zu kämpfen hat, zumal dann, wenn die Basis vorwiegend aus Frauen, die Kirchenleitung aber vorwiegend aus Männern besteht.

Auch das alte Thema des Kampfes gegen den Rassismus, das natürlich auch in Vancouver behandelt wird, erhielt neue Aspekte durch den Bericht einer Delegation des ÖRK, die auf Einladung der australischen Kirchen die Situation der Ureinwohner dieses Kontinents (Aborigines) untersucht hatte.

In diesem Bericht werden die Situation und die Forderungen dieser Volksgruppe dargestellt, die, ähnlich wie die nordamerikanischen Indianer oder die südamerikanischen Indios, von den weißen Eroberern systematisch ihrer Rechte, vor allem an Grund und Boden, beraubt worden sind und nun eine höchst prekäre Existenz führen.

Das Echo dieser Enquete war in Australien außerordentlich groß und — wie nicht anders zu erwarten — kontrovers. Selbst in deutschen Tageszeitungen wurde mitun-

ter eher der Standpunkt der betroffenen weißen Regierung als der bedrängten Aborigines eingenommen. Eine genaue Lektüre des Berichts der Kommission, der bald vom ÖRK veröffentlicht werden wird, zeigt, daß hier gründliche Arbeit geleistet wurde und daß der Australische Kirchenrat hinter diesem Bericht steht und bereit ist, sich für die Rechte dieser Opfer vom weißen Rassismus einzusetzen.

Es ist zu überlegen, ob nicht diese Methode, Delegationen des ÖRK auf Einladung von Kirchen eines Landes auszusenden, um Diskriminierungen von einzelnen Bevölkerungsgruppen nachzugehen, auch in Zukunft angewandt werden sollte, um den Kampf um die Menschenrechte wirksamer als bisher führen zu können.

Wie schon aus diesen wenigen Bemerkungen zu einzelnen Themen der 6. Vollversammlung in Vancouver ersichtlich ist, wird es eher zu viele als zu wenige Fragen geben, die zu behandeln sind. Der Versuch, die nun 15 Themen auf 10 zu beschränken, ist leider gescheitert.

Auch die Frage der ökumenischen Gottesdienste der Vollversammlung ist noch längst nicht gelöst. Einen Vorgeschmack gab der unbefriedigende Schlußgottesdienst des Zentralausschusses in Dresden, der die Teilnehmer immer wieder im unklaren ließ, wann sie aufstehen, knien oder sitzen sollten, lange auf das Abendmahl warten ließ und Symbolhandlungen einbezog, die vielen unverständlich blieben. Das Feierabendmahl in der Michaeliskirche auf dem Hamburger Kirchentag 1981 war eine viel überzeugendere ökumenische Handlung als das verwirrende Gemisch verschiedener religiöser Versatzstücke in der Dresdner Annenkirche.

Da der Ökumenische Rat auf vielen Gebieten uns zur Einfachheit aufruft, sollte man sich vielleicht auch bei der Gestaltung der Gottesdienste wieder auf das schlichte Wort aus Matthäus 18,20 besinnen: „Wo zwei oder drei in meinem Namen versammelt sind, da bin ich mitten unter ihnen.“

Gerhard Grohs